



Textauszug aus:

Heinz-J. Bontrup

Pikettys Kapitalismus-Analyse

Warum die Reichen immer reicher

und die Armen immer ärmer werden, Bergkamen 2014

61 Seiten. 5 Euro (Bezug: [pad-verlag@gmx.net](mailto:pad-verlag@gmx.net))

## Vorbemerkung

Der französische Ökonom Thomas Piketty ist weltweit in aller Munde. Sein Buch „Capital in the Twenty-First Century“ schlägt hohe Wellen. Der US-amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman lobte das Buch als eine “Revolution”, als ein “Großartiges, mitreißendes Nachdenken über Ungleichheit.”<sup>1</sup> Piketty belegt wie kein anderer zuvor in langen Datenreihen für 20 Länder, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen, dass die Renditen auf Vermögens(Kapital-)bestände (r) schneller wachsen als die Wirtschaftsleistung, das Bruttoinlandsprodukt (g). Kurzum dass die *Ungleichung* ( $r > g$ ) gilt. Daraus folgt: Es gibt eine zunehmende disproportionale Verteilung bzw. eine *Konzentration von Vermögen* (Kapital) bei Wenigen, die, obwohl sie längst jede Arbeit<sup>2</sup> eingestellt haben, immer reicher werden und dieser Reichtum an Erben weitergegeben wird, die für ihr Erbe nichts geleistet haben. „Die 85 reichsten Menschen der Welt kontrollieren heute so viel Reichtum wie die untersten 50 Prozent der Menschheit zusammen. Und laut Forbes besitzen die 1.645 Milliardäre der Welt ein Gesamtvermögen von 6,4 Billionen US-Dollar, eine Billion mehr als 2013. In den USA konnten die reichsten 400 Menschen ihren Reichtum 2013 auf zwei Billionen US-Dollar erhöhen, siebzehn Prozent mehr als im Vorjahr. (...) Vor kurzem veröffentlichte die britische Sunday Times ihre jährliche Reichenliste, die zeigt, dass die reichsten eintausend Menschen in Großbritannien zusammen 519 Milliarden Pfund besitzen – ein Wachstum um 15,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und zweimal soviel wie sie 2008 hatten. Das Vermögen dieser 1.000 Individuen entspricht heute einem Drittel des Bruttoinlandsproduktes des ganzen Landes.“<sup>3</sup> Und in

<sup>1</sup> Zitiert bei Dernbach, A., „So wie jetzt kann der Kapitalismus nicht funktionieren“, in: Der Tagesspiegel vom 21.4.2014.

<sup>2</sup> Zur *Geschichte der menschlichen Arbeit* vgl. Moewes, G., Arbeitswende. Die Überwindung des Beschäftigungsstaates, Bergkamen 2013, S. 5ff.

<sup>3</sup> Kishore, J., [www.wsws.org/de/articles/2014/05/28/pers-m.html](http://www.wsws.org/de/articles/2014/05/28/pers-m.html), S. 2.

Deutschland werden rund 250 Mrd. Euro pro Jahr vererbt und darauf nicht einmal lächerliche 5 Mrd. Euro Erbschaftssteuern bezahlt. Das entspricht einem durchschnittlichen Steuersatz von 2 v.H. „Deutschland ist eine Steueroase für Erben“, stellt Der Spiegel zutreffend fest.<sup>4</sup> Im Kapitalismus arbeiten selbst tote noch. Der „King of Pop“, Michael Jackson, war dabei 2013 der „Spitzenverdiener“. Er „erarbeitete“ für seine Erben, vier Jahre nach seinem Tod, 160 Mio. US-Dollar.<sup>5</sup>

Der langfristige Trend der Vermögens- bzw. Kapitalakkumulation bei Wenigen wird nur durch größere **Kriege** unterbrochen, stellt Piketty fest. Geht das Umverteilen der durch menschliche Arbeit und Naturgebrauch arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfungen zu den **Besitzeinkünften** (Gewinn, Zins und Grundrente) so weiter, wird es den Kapitalismus immanent in seiner Funktionsfähigkeit zerstören. Diese Prognose hat schon Karl Marx in seinem 1867 in Hamburg erschienenen epochalen Werk „Das Kapital“ bzw. in seiner zuvor 1859 veröffentlichten „Kritik der politischen Ökonomie“ beschrieben. Der Kapitalismus erstickt an seinem Reichtum auf der einen Seite und seiner Armut, der verelenden Massen, auf der anderen Seite. Es kommt zu einer **Stockung der Kapitalakkumulation** und einem **tendenziellen Verfall der Profitrate**. Am Ende verlieren nach Marx auch die Kapitalisten. Bis heute gibt es den Kapitalismus aber noch.

(...)

## Verteilungsrealität in Deutschland

Auch ohne Piketty war seit langem bekannt, dass es in Deutschland unter dem **neoliberalen Regime** ab Mitte der 1970er Jahre, verstärkt seit 2000, zu einer kräftigen Umverteilung beim Einkommen und Vermögen gekommen ist. Dies zeigen nicht nur die bisher veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung, sondern dies wird auch in unregelmäßigen Abständen immer wieder vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aufgezeigt. Gerade hat erst der Paritätische Gesamtverband auf die Zunahme von Reichtum in Deutschland auf der einen und Armut auf der anderen Seite aufmerksam gemacht und die Entwicklung scharf kritisiert. Die **Armutsquote** liegt mittlerweile bei 15,2 v.H (Westdeutschland: 14,0 v.H., Ostdeutschland: 19,7 v.H.).<sup>6</sup> Außerdem gibt es zur Verteilungsfrage in Deutschland mehrere Einzelveröffentlichungen.<sup>7</sup> Hier sei nur näher auf das Buch des renommiertesten deutschen Sozialhistorikers, Hans-Ulrich

<sup>4</sup> Amann, S. u.a., Bitte unten bleiben!, in: Der Spiegel, Nr. 19/2014, S. 62.

<sup>5</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 24. Oktober 2013: „Jackson wieder Nr. 1 bei den toten Topverdienern“

<sup>6</sup> Vgl. Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.), Das Soziale – in der Krise?, Paritätisches Jahresgutachten 2014, Berlin April 2014.

<sup>7</sup> Vgl. Schui, H./Spoo, E. (Hrsg.), Geld ist genug da. Geld und Reichtum in Deutschland, Heilbronn 1996, Reuter, N., Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, 2. Aufl., Marburg 2007, Schui, H., Gerechtere Verteilung wagen!, Mit Demokratie gegen Wirtschaftsliberalismus, Hamburg 2009, Bontrup, H.-J., Umverteilung von unten nach oben. WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2010, Berger, J., Wem gehört Deutschland? Die wahren Machthaber und das Märchen vom Volksvermögen, Frankfurt a.M. 2014.

Wehler, verwiesen.<sup>8</sup> Aber auch auf die ausgezeichnete empirische Arbeit von Christina Anselmann.<sup>9</sup> Wehler schreibt in seinem Werk:

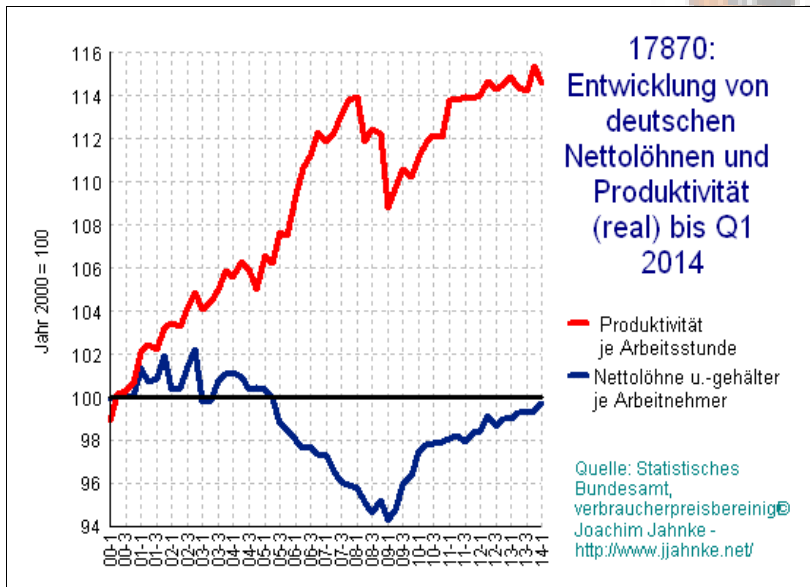
**„In der Bundesrepublik gibt es eine unübersehbare Sozialhierarchie: Sie wird zum einen durch die ‚marktbedingten Klassen‘ (Max Weber), zum anderen durch die mächtige Erbschaft soziokultureller Traditionen aus vergangenen Epochen gebildet. Auf der Grundlage der etablierten Marktwirtschaft hat sich auch die Bundesrepublik zu einer Marktgesellschaft entwickelt, in der die Marktprinzipien das gesamte soziale Leben durchdringen. Die Schlüsselrolle des Arbeitsmarktes ist dafür der schlagende Beweis. Die Motorik und die Struktur dieser Marktgesellschaft beruhen darauf, dass je nach der marktfähigen Leistungskapazität des Individuums samt der davon abhängigen Marktlage, welche die Position in der Sozialhierarchie in aller Regel bestimmt, wertvolle Güter und Ressourcen kontinuierlich in einem vertikalen Ungleichheitsgefüge verteilt werden. Aufgrund dieser Distributionsmechanismen hält die systematische gesellschaftliche Reproduktion ungleicher Lebenschancen und -risiken an. Daraus entstehen die marktbedingten Klassen als distinkte Sozialverbände.“<sup>10</sup>**



<sup>8</sup> Vgl. Wehler, H.-U., Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, 2. Aufl., München 2013.

<sup>9</sup> Vgl. Anselmann, C., Spitzeneinkommen und Ungleichheit. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland, Marburg 2013

<sup>10</sup> Wehler, H.-U., Die neue Umverteilung, a.a.O., S. 65.

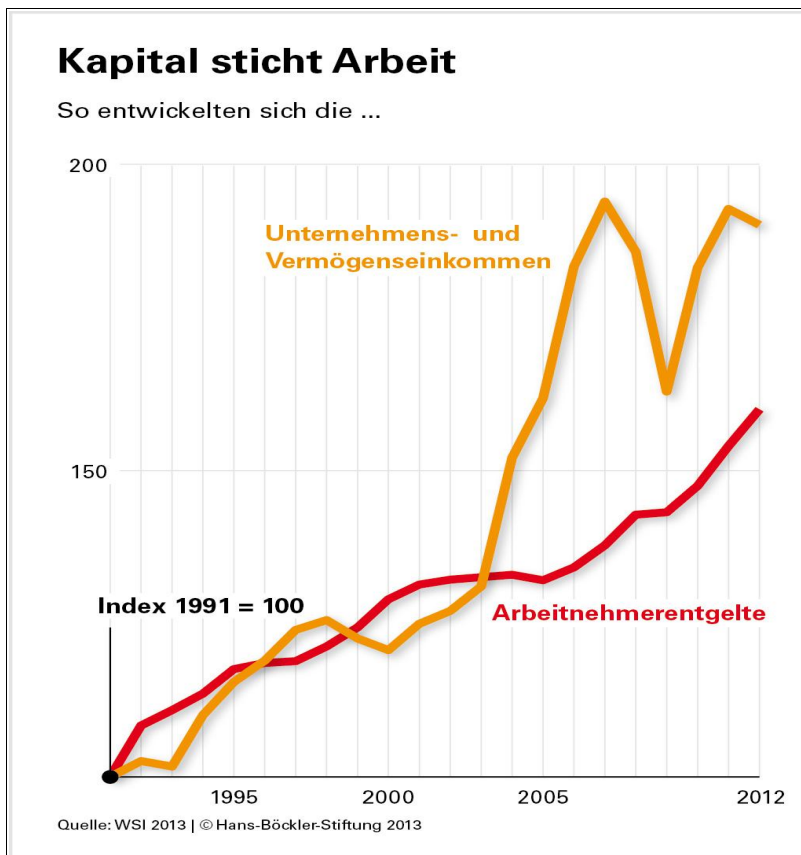


Dabei ist es heute zu einem neoliberalen unverteilenden *Klassenkampf von oben* gekommen.<sup>11</sup> „Auch der in London lebende amerikanische Soziologe Richard Sennett hat vor kurzem in einer grundsätzliche Kritik gesagt“, schreibt der Münsteraner Soziologe Hans Jürgen Krysmanski, „der moderne Kapitalismus sei in seiner Grundtendenz *antidemokratisch*. Er führe zu einer weichen Spielart des Faschismus, zu einem soft fascism. In modern organisierten Unternehmen werde die Macht von einer immer kleiner werdenden Zahl von Spitzenmanagern ausgeübt. *Politische Macht* wandere ab in die Finanzsphäre und in die Hände einer neuen Managerklasse, die sehr genau weiß, wie man mit den neuen Strukturen umgeht und sich in zumeist in formellen Netzwerken organisiert. Sennett: ‚Diese Netze geben Managern heute die Freiheit, Dinge zu tun, die innerhalb der offiziellen Strukturen eines Unternehmens völlig unmöglich wären. Macht entzieht sich in dieser Weise ganz einfach der Wahrnehmung und wird unsichtbar. Die Bürger haben in der politischen Sphäre keinen Platz mehr.‘<sup>12</sup> In der Tat entscheidet, wie Wehler betont, die Schlüsselrolle Arbeitsmärkte über die *primäre Marktverteilung*, wer wieviel von der arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfung erhält. Dies gilt für die *funktionale Verteilung* zwischen Kapital und Arbeit, als auch für die *personelle Verteilung*. Dabei spielen Ungleichgewichte an den Arbeitsmärkten eine entscheidende Rolle. Bei vorliegender *Massenarbeitslosigkeit* und schwachen Gewerkschaften gibt es regelmäßig eine Umverteilung zu Lasten der Beschäftigten. Die Verteilungsneutralität wird verletzt. Dies zeigt die funktionale Verteilung anhand der *Bruttolohnquote*. Sie ging in jüngster Zeit in Deutschland von 72,1 auf 68,0 v.H., also um 4,1 Prozentpunkte, von 2000 bis 2012 zurück. Zwischenzeitlich, vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, lag die Bruttolohnquote 2007 sogar

<sup>11</sup> Vgl. Lieberam, E., Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft. Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben, Bergkamen 2014.

<sup>12</sup> Krysmanski, H. J., Der stille Klassenkampf von oben Strukturen und Akteure des Reichtums, in: UTOPIE kreativ, Heft 205 (November 2007), S. 1009.

bei nur 63,2 v.H. Dies entsprach einem Rückgang um 8,9 Prozentpunkte. Auf Basis der Quote von 2000 haben die abhängig Beschäftigten in Deutschland von 2000 bis 2012 über 1.023 Mrd. Euro an Einkommen verloren. Das Geld ist zu den Besitzeinkommensempfängern umverteilt worden.



**Von 1991 bis 2012 haben die Einkommen aus Unternehmens- und Vermögenseinkommen um etwa 90 Prozent zugelegt. Die Arbeitnehmerentgelte blieben deutlich dahinter zurück.**  
 Aus: Böckler Impuls 19/2013

Auch bei der *personellen Einkommensverteilung* kam es zu beträchtlichen Umverteilungen. Dabei nahmen auf Basis des Gini-Index sowohl die Brutto-, also auch die Nettoeinkommensdifferenzen (nach staatlichen Abgaben und Steuern) in Deutschland zu. „Nach Angaben der OECD zeigten sich ähnliche Entwicklungen während der letzten Jahre in zahlreichen OECD-Mitgliedsstaaten, allerdings gehört Deutschland dabei zu jenen Ländern, in den sich die so gemessenen Nettoeinkommensdisparitäten am stärksten erhöht haben. (...) Nach OECD-Angaben nahm die am Gini-Koeffizienten gemessene Einkommensungleichheit ab Mitte der 1980er Jahre bis 2008 nur in Schweden, Neuseeland, Finnland und Israel stärker zu als in Deutschland.“<sup>13</sup> Betrachtet man einen weniger starken Aggregationsgrad als den Gini-Koeffizienten, so zeigen die Entwicklungen des medianen und des durchschnittlichen realen Haushaltsjahresnettoäquivalenzeinkommens im Zeitraum von 1983 bis 2009 eine zunehmende Auseinanderentwicklung. „Erhöhte sich das Durchschnittseinkommen zwischen 1983 und 2009 um 4.775 Euro bzw. 30,0 Prozent, nahm der Median innerhalb derselben Zeit nur um 3.584 Euro bzw. 24,6 Prozent zu. (...) Die Auseinanderentwicklung spitzte

<sup>13</sup> Anselmann, C., Spitzeneinkommen und Ungleichheit, a.a.O., S. 70f.

sich dabei in den ersten Jahren des 21. Jahrhundert weiter zu. Zwischen 2000 und 2009 stagnierte das Medianeinkommen nahezu, das Durchschnittseinkommen stieg hingegen weiter an. Während das Verhältnis von Median- zu Durchschnittseinkommen 1983 etwa 91,3 Prozent betrug, nahm es 1990 nur noch einen Wert von 90,2 Prozent, im Jahr 2000 von 89,2 Prozent und in 2009 von 87,5 Prozent an. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass sich die Einkommen der oberen Einkommensgruppen in den letzten Jahren stärker erhöht haben als die Einkommen der unteren Einkommensschichten.“<sup>14</sup>

Wehler stellt zu der *Einkommensungleichheit* fest: „Auch eine Einkommensanalyse, die 1995 40 Millionen Steuerpflichtige (...) für den Ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung erfasst hat, bestätigt die *eklatante Ungleichverteilung*. Danach bezogen zehn Prozent etwa 35 Prozent des Nettogesamteinkommens, das 28-fache der untersten zehn Prozent. An der Spitze verfügen 6,6 Prozent über weniger als ein Viertel dieses Einkommens. Zwei Millionen reiche Steuerpflichtige lagen jenseits der sog. Reichtumsgrenze, d.h. um mehr als das Doppelte über dem durchschnittlichen Nettoeinkommen. Die reichsten fünf Prozent besaßen sogar zusammengenommen ein Einkommen, das 95 Prozent aller Einkommensbezieher zusammengenommen nicht erreichten. Diese ‚*Superreichen*‘ unter den 27.000 reichen Einkommensmillionären (ihre Zahl hat sich allein zwischen 1983 und 1997 verdreifacht) erzielten ein dreizehn Mal so hohes Einkommen wie die untersten zehn Prozent ihrer Privilegien genossen.“<sup>15</sup>

Das akkumulierte *Vermögen* ist in Deutschland dabei noch ungleicher verteilt als das Einkommen. Schon zu Beginn der 1960er Jahre ermittelte der bekannte Ökonom Wilhelm Krelle, das 1,7 Prozent aller westdeutschen Haushalte über 74 Prozent des *Produktivvermögens* und 35 Prozent des Gesamtvermögens verfügten.<sup>16</sup> „1970 kontrollierte das oberste Dezil schon 44 Prozent des gesamten *Nettogeldvermögens*, das sich in den 35 Jahren zuvor um das 15-fache gesteigert hatte. Um 2000 besaßen fünf Prozent rund die Hälfte des gesamten Vermögens; die ärmeren 50 Prozent dagegen besaßen zwei Prozent. 2010 gehörten aber dem reichsten Dezil, (...) über 66 Prozent des Geldvermögens. Bis 2010 hatte in einem drastischen Konzentrationsprozess das oberste Dezil also zwei Drittel des gesamten Privatvermögens an sich gebunden. Beim obersten 1 Prozent befanden sich, dem Gipfel der Ungleichverteilung, 35,8 Prozent des Vermögens, mehr als bei 90 Prozent unterhalb dieser Spitzenposition. Allgemein versiebenfachte sich immerhin das Nettovermögen aller Haushalte in dem halben Jahrhundert zwischen 1950 und 2000. Die deutschen Reichen waren in der unmittelbaren Gegenwart noch nie so reich. Die Kluft zwischen ihnen und der ‚normalen‘ Bevölkerung hat sich noch nie so tief geöffnet: Hundert Milliardäre standen 2012 an der Spitze von 345.000 Vermögensmillionären. Selbst während der internationalen Krise der Finanzmärkte

<sup>14</sup> Ebenda, S. 77f.

<sup>15</sup> Wehler, H.-U., Die neue Umverteilung, a.a.O., S. 69f.

<sup>16</sup> Vgl. Krelle, W., Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, 2 Bde, Tübingen 1968.

2008/09 ermittelte das Statistische Bundesamt den Zugang von 50.000 frisch gebackenen deutschen Einkommensmillionären.“<sup>17</sup> Das DIW hat in seinem letzten Vermögensbericht auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ermittelt, dass sich das *Nettovermögen* der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2012 auf 6,3 Billionen Euro belief. Knapp 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung verfügten über kein oder sogar ein negatives Vermögen. Im Durchschnitt lag das individuelle Nettovermögen 2012 bei gut 83.000 Euro. Das reichste Zehntel der Bevölkerung ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens 217.000 Euro, beim reichsten Prozent waren es 817.000 Euro. Kaum verändert hat sich dabei aber zwischen 2002 und 2012 der Grad der Vermögensungleichheit. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,78 weist Deutschland allerdings im internationalen Vergleich ein hohes Maß an *Vermögensungleichheit* auf, und innerhalb Deutschlands besteht fast 25 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch ein starkes Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Das durchschnittliche Nettovermögen der Ostdeutschen war 2012 um mehr als die Hälfte niedriger als das der Westdeutschen.<sup>18</sup>

Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung hat natürlich auch Auswirkungen auf den *Wirtschaftskreislauf*. Was passiert, wenn ein zunehmender Teil der verfügbaren Einkommen nicht konsumiert, sondern *gespart* wird? Dem Konsum der privaten Haushalte kommt insbesondere in der kurzen Frist eine große Bedeutung zu, da er ein wesentlicher Bestandteil der effektiven Nachfrage einer Volkswirtschaft und damit eine wichtige Determinante des Produktions- und Beschäftigungsniveaus ist. In Deutschland schwankte der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt zwischen 1980 und 2011 in einem Intervall von 54,9 bis 58,9 Prozent. (...) In der langen Frist sind jedoch ebenso die *privaten Ersparnisse* relevant. Der sich für eine offene Volkswirtschaft ergebene Zusammenhang impliziert dabei, dass die Ersparnis der privaten Haushalte zur Finanzierung der *privatwirtschaftlichen Investitionen* und/oder der *staatlichen Nettoneuverschuldung* und/oder der *Nettokapitalexporte* herangezogen werden kann.“<sup>19</sup> Die Entwicklung dieser Größen seit der deutschen Wiedervereinigung zeigen die fünf Konten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (s. Tabelle auf der folgenden Seite).

---

<sup>17</sup> Wehler, H.-U., Die neue Umverteilung, a.a.O., S. 73f.

<sup>18</sup> Grabka, M. M./Westermeier, C., Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 9/2014, S. 151ff.

<sup>19</sup> Anselmann, C., Spitzeneinkommen und Ungleichheit, a.a.O., S. 135f.

Gläubiger-Schuldner Positionen - in Mrd. Euro -



Jahr	Private Haushalte <sup>1)</sup>	Nichtfinanzielle Kapitalunternehmen	Staat	Finanzinstitute	Ausland
1991	76,4	- 65,0	- 43,9	9,1	23,4
1992	79,0	- 62,0	- 40,3	4,4	18,9
1993	72,5	- 42,2	- 50,5	5,1	15,1
1994	51,8	- 41,3	- 44,2	7,5	26,2
1995	56,8	91,9	- 175,4 <sup>2)</sup>	3,3	23,4
1996	61,7	- 16,2	- 62,8	4,4	12,9
1997	62,8	- 27,4	- 52,7	7,9	9,4
1998	68,0	- 34,3	- 45,8	- 2,6	14,7
1999	69,4	- 68,4	- 32,2	5,1	26,1
2000	75,4	- 137,3 <sup>3)</sup>	23,3 <sup>3)</sup>	9,2	29,4
2001	97,3	- 35,9	- 64,7	- 0,6	3,9
2002	101,3	5,7	- 82,0	17,1	- 42,1
2003	125,1	- 5,2	- 89,1	9,7	- 40,5
2004	133,4	26,1	- 82,6	25,3	- 102,2
2005	144,7	16,5	- 74,1	25,4	- 112,5
2006	136,8	13,8	- 38,2	37,6	- 150,6
2007 <sup>3)</sup>	136,2	24,2	5,5	17,0	- 182,9
2008	137,0	- 12,5	- 1,8	27,9	- 150,5
2009	151,4	58,9	- 73,0	5,9	- 143,2
2010	149,9	70,0	- 103,6	37,1	- 153,4
2011	136,0	14,9	- 19,7	13,7	- 144,9
2012	141,2	13,2	4,2	8,6	- 167,2
Σ	2.264,1	- 212,5	- 1.143,6	278,1	- 1.186,1
JDN	102,9	- 9,7	- 51,9	12,6	- 53,9

JDN = Jahresdurchschnitt, 1) einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck und Personengesellschaften, 2) DDR-Abwicklung, 3) inklusive UMTS Erlöse, 3) Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bruttoinlandsprodukt 2010 für Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 21, Deutsche Bundesbank Finanzierungsrechnung, Datenstand: Juli 2013, eigene Berechnungen.



Hier sieht man auch die *Gläubiger-Schuldner-Verhältnisse*. Die beiden größten Schuldner waren dabei der *Staat* und das *Ausland*. Die Staatsschulden wuchsen im Prozess der ökonomischen Entwicklung, die alle in der Logik des Kapitals angelegten Widersprüche zur Entfaltung brachte. „In der Staatsverschuldung entladen sich diese Widersprüche und werden durch sie mühselig abgemildert. (...) Die Staatsverschuldung zeigt an, dass in der Ökonomie Kräfte vorherrschen, die nicht beherrscht werden können und die den Staatskredit als Puffer brauchen.“<sup>20</sup> Nur in ganz wenigen Jahren hat es seit 1949 in der Bundesrepublik Deutschland einen gesamtwirtschaftlichen Haushaltsüberschuss gegeben. Insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung und der seit der Wirtschaftskrise von 1974/75 herrschenden Massenarbeitslosigkeit sind die Staatsschulden überproportional gestiegen. Daneben mussten umfangreiche staatliche Transfers in die neuen Bundesländer, die sich auch heute noch auf eine Größenordnung von etwa 4 v.H. des gesamtdeutschen Bruttoinlandsprodukts belaufen, getätigt werden. Hinzu kamen massive *Steuersenkungen* und die staatliche Finanzierung der *Finanz- und Wirtschaftskrise* ab 2008.

Ende 2012 betrug der absolute staatliche Schuldenstand 2.018 Mrd. Euro. Der relative Schuldenstand, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt, die Schuldenquote, belief sich 2012 auf gut 78 v.H. Vor der Wiedervereinigung lag die Quote 1990 noch bei 41,2 v.H. Danach ist die Staatsverschuldung von 1991 bis 2012 um 1.143,6 Mrd. Euro gestiegen. Das waren jahresdurchschnittlich 51,9 Mrd. Euro. Der überwiegende Rest der Schulden als Gegenbuchung für das Vermögen fiel dabei auf das Ausland in Höhe von 1.186,1 Mrd. Euro, das sich bei uns über Einkäufe (Importe) verschuldete. Dagegen ist die zusätzliche Verschuldung der Kapitalgesellschaften mit 212,5 Mrd. Euro geradezu klein. Dafür nahm aber der Reichtum der privaten Haushalte und der Personengesellschaften im gleichen Zeitraum um 2.264,1 Mrd. Euro zu, im Jahresdurchschnitt um 102,9 Mrd. Euro.

Von 1991 bis 2012 wurde nur dreimal (2000, 2007 und 2012) ein positiver Finanzierungssaldo beim Staat erzielt, siebenmal die im *Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt* gesetzte Höchstgrenze von 3 v.H. für die staatliche Nettoneuverschuldung nicht eingehalten sowie in zwei weiteren Jahren gerade mit 3,0 v.H. realisiert. Für den aufgelaufenen Schuldenstand waren allein im Jahr 2012 rund 65 Mrd. Euro Zinsen an die Kreditgeber zu zahlen. Dem entsprach fast exakt das gesamte Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer in Höhe von 64,9 Mrd. Euro.<sup>21</sup> In dem Kontext von Gläubiger (Vermögen) und Schuldner (Kredit) wird die Frage politisch verschleiert, wer denn eigentlich mit dem staatlichen Rückzug aus der Verschuldung belastet wird bzw. wer den *Schuldenabbau* finanzieren soll? „Faktor“ Arbeit durch mehr *Lohnsteuern* oder „Faktor“ Kapital und die reichen Schichten durch mehr *Gewinn- und Ver-*

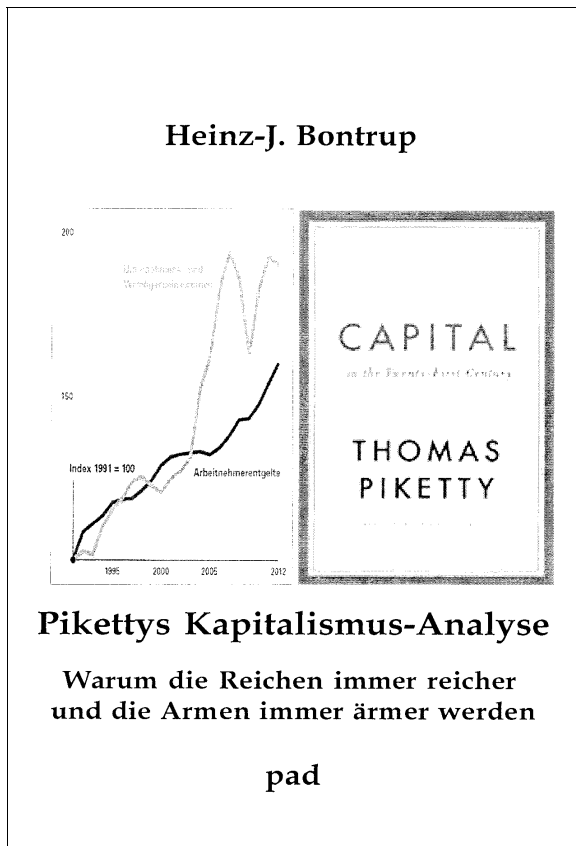
<sup>20</sup> Roth, R., Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1998, S. 156.

<sup>21</sup> Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Juni 2011, S. 56\*.

*mögenssteuern?* Auch sind eine Anhebung der *indirekten Verbrauchs- und Verkehrssteuern* (z.B. der Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer)<sup>22</sup> und natürlich eine Kombination aus allem möglich. Vor dem Hintergrund einer chronischen staatlichen Unterfinanzierung und einer gleichzeitig vorliegenden Staatsverschuldung gibt es aber nur einen Ausweg: drastische *Steuererhöhungen*. Geht die Politik diesen Weg nicht, sondern senkt dagegen noch die Staatsausgaben, um die Verschuldung einzudämmen, wird aufgrund des gesamtwirtschaftlichen Sparparadoxons das Ergebnis am Ende noch mehr Verschuldung und ein gesellschaftlicher Verfall, eine im Vergleich zu heute noch größere Aufspaltung der Gesellschaft in Arm und Reich sein.

---

<sup>22</sup> Vgl. dazu kritisch Bontrup, H.-J., Mit noch mehr indirekten Steuern zurück zum wohlfahrtsorientierten Staat? Nur Luxussteuern wären ein richtiger Weg, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), 80. Jg., Heft 4/2011, S. 189ff.



Heinz-J. Bontrup

**Pikettys**

**Kapitalismus-Analyse**

Warum die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden

61 Seiten, 5 Euro

INHALT: Vorbemerkung / Produktivität und Verteilung / Kapitalismus beutet aus und ist ungerecht / Wettbewerbsideologie und Leistungsmystifikation / Gewinner und Verlierer / Kapitalistische Widersprüche / Der Piketty-Hype erstaunt / Die

Profirate ist entscheidend / Verteilungsrealität in Deutschland / Piketty fordert Steuererhöhungen / Literatur

Thomas Piketty hat mit seinem viel diskutierten Buch „Capital in the Twenty-First Century“ die langfristige Entwicklung von Einkommen und Vermögen in mehreren westlichen Ländern untersucht. Mit einer umfangreichen Datensammlung weist er nach: wenn Profite und Einkommen größer sind als das Wachstum der Wirtschaft, verstärkt sich die gesellschaftliche Ungleichheit. Der vorliegende Text stellt Pikettys Analyse in den Zusammenhang bundesrepublikanischer Einkommens- und Vermögensverteilung und Ungleichheitsdebatten.

*„... nach seinem Buch und der auf Fakten beruhenden langfristigen empirischen Beweisführung (kann) endgültig niemand mehr behaupten, der Kapitalismus sei ein auf Leistung basierendes gerechtes Wirtschaftssystem. Die Linken wußten das schon immer, dass dies falsch ist. Hoffentlich akzeptieren dies jetzt endlich auch die Rechten und die Liberalen um wirklich eine bessere Welt für alle zu schaffen.“ (Heinz-J. Bontrup)*